

VON DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT ZUR INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT – HERAUSFORDERUNGEN, HANDLUNGSFELDER, PERSPEKTIVEN

JOCHEN RENGER

Einleitung

Im Zeitalter fortschreitender Globalisierung ist die Entwicklungspolitik und ihre Umsetzung im Rahmen der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) einem dynamischen Wandel unterworfen. Wenngleich in der breiten Öffentlichkeit noch vielfach das Bild traditioneller Entwicklungshilfe vorherrscht, so zeigt die Realität, dass Entwicklungszusammenarbeit inzwischen zu einem integralen und vielschichtigen Bestandteil der internationalen Beziehungen geworden ist und daher zunehmend als internationale Zusammenarbeit begriffen wird.

Der vorliegende Beitrag gibt einen Einblick in grundsätzliche Fragestellungen der Entwicklungszusammenarbeit.¹ Zunächst werden trendartig die sich verändernden Rahmenbedingungen für die Entwicklungszusammenarbeit aufgezeigt und daraus resultierende Zukunftsfragen formuliert. Anschließend wird die konzeptionelle Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik skizziert, die eine politische Antwort auf die dynamischen Veränderungen der Rahmenbedingungen darstellt. Als Beispiel für neue Wege der Entwicklungspolitik werden exemplarisch Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft vorgestellt. Abschließend sollen einige prinzipielle Überlegungen zu den gegenwärtigen Trends in der Entwicklungszusammenarbeit angestellt werden, wie sie auch in der internationalen entwicklungspolitischen Debatte vorgebracht werden.

1 Der Beitrag stellt die persönliche Einschätzung des Autors dar.

Neue Rahmenbedingungen für eine neue Entwicklungszusammenarbeit

Dynamische Veränderungen der ökonomischen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen auf allen Ebenen – global wie lokal – haben dazu beigetragen, dass ein breiter internationaler Diskussionsprozess über Rolle, Aufgaben, Anspruch und Reichweite der Entwicklungszusammenarbeit geführt wird. Mehr denn je wirken weltweite Veränderungsprozesse sowie alte und neue Problemlagen auf die Entwicklungszusammenarbeit ein. Dies zwingt zu einer Kurskorrektur und zu einer neuen Positionsbestimmung der Entwicklungspolitik. Dabei werden nicht nur inhaltliche Fragen und Verfahrensfragen aufgeworfen, sondern die Stellung und Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit in ihrer Gesamtheit diskutiert. Zahlreiche Reformprojekte haben in der jüngsten Vergangenheit konkrete Gestalt angenommen. So haben einige Industrieländer, wie bspw. England oder die Niederlande, ihre Entwicklungspolitik konzeptionell neu ausgerichtet und institutionell neu verankert. Aber auch die Diskussionen um die zukünftige Rolle von Weltbank und IWF zeigen, dass sich das multilaterale Umfeld verändert.

Welche generellen Veränderungen der Rahmenbedingungen der Entwicklungszusammenarbeit lassen sich identifizieren? Und welche Fragen werden dabei aufgeworfen? Diesen beiden Leitfragen soll im Folgenden anhand von sieben Trends nachgegangen werden.

Globalisierung der Weltwirtschaft

Die Globalisierung der Weltwirtschaft bringt für die Entwicklungsländer Chancen und Risiken mit sich. Es besteht die begründete Gefahr, dass die Mehrheit der Entwicklungsländer weiter ins Abseits rutscht und zum Verlierer der Globalisierung wird, wie die Berichte der letzten Jahre des UNDP über die Entwicklungsprozesse der Menschen aufgezeigt haben. Es lässt sich feststellen, dass die internationalen Kapitalströme in die Entwicklungsländer zwar sprunghaft angestiegen sind, aber nur eine eingeschränkte Anzahl von Ländern wirklich davon profitiert. So sind die ausländischen Direktinvestitionen in den Ent-

wicklungsländern insgesamt im Zeitraum 1990 bis 1999 von 20 auf 200 Mrd. US-\$ angestiegen. Im gleichen Zeitraum stagnierte die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA = *official development assistance*) bei ca. 50 Mrd. US-\$. 85 % der Nettokapitalflüsse in Entwicklungsländern stammen aus dem Privatsektor. Die Asienkrise hat gezeigt, dass Turbulenzen auf den Finanzmärkten Entwicklungserfolge rasch zunichte machen können. Gerade Schwellenländer, die als Musterbeispiele galten, sind durch diese Krise massiv in Schwierigkeiten geraten und erholen sich nur langsam.

Die Prägekraft und Dynamik globaler Wirtschaftsaktivitäten, nicht nur im Finanzbereich, sondern auch im Industrie- und Dienstleistungssektor, werfen eine Reihe an entwicklungspolitischen Grundsatzfragen auf:

- Wird die Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft noch eine relevante Größe sein, wenn es um *Entwicklungsprobleme* geht?
- Welche Rolle wird die Entwicklungszusammenarbeit bei voranschreitender wirtschaftlicher Globalisierung spielen?
- Eine Feuerwehr im Krisenfall, bloß eine karitative Veranstaltung für die Globalisierungsverlierer oder *Fitmacher* für Entwicklungsländer?
- Welche Anpassungsleistung muss die Entwicklungszusammenarbeit erbringen, um in der großen Globalisierung noch mitgestalten zu können?

Zunahme von Krisen und Konflikten

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts hat die Anzahl an Krisen und Konflikten weltweit noch zugenommen. Hinzu kommt, dass die Intensität der Konflikte noch weiter gestiegen ist, wie die Beispiele Afrika oder Südosteuropa zeigen. Bürgerkriege, bewaffnete Auseinandersetzungen, ethnische Spannungen und Konflikte um knapper werdende Ressourcen sind fester Bestandteil globaler Probleme. Die Prognosen deuten darauf hin, dass Krisen und Konflikte auch in Zukunft eher noch zunehmen werden. Es wird davon ausgegangen, dass zukünftig jährlich etwa zwischen 20 und 30 Konflikte gewaltsam ausgetragen werden. Daneben gibt es eine Vielzahl an Ländern und Regionen, in denen Konfliktpotenziale jederzeit eine kritische Masse erreichen kön-

nen. Rund 90 % der Opfer kriegerischer Auseinandersetzungen leben in Entwicklungsländern. Etwa 22 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht. In zahlreichen Ländern sind die mühsam erreichten Erfolge in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung inzwischen zunichte gemacht worden. Kriege und Konflikte verursachen aber nicht nur materielle oder volkswirtschaftliche Schäden, sie zerstören häufig die Basis menschlichen Zusammenlebens und legen über Jahrzehnte hinweg ganze Länder lahm.

Angeichts dieser Situation sieht sich die Entwicklungszusammenarbeit mit ganz neuen und gravierenden Problemdimensionen konfrontiert. Erwartet wird von ihr, dass sie sich verstärkt auf Krisenprävention und Konfliktbearbeitung hin ausrichtet. Dieser Anspruch wirft folgende Fragen auf:

- Was kann die Entwicklungszusammenarbeit realistischerweise angesichts des erhöhten Konfliktpotenzials, von Bürgerkriegen und *failing states* leisten?
- Wie können die bestehenden Instrumente und Konzepte an die veränderten Problemkonstellationen angepasst werden?
- Welche neuen Formen und Partnerschaften der Zusammenarbeit jenseits klassischer Entwicklungszusammenarbeit sind notwendig, um krisenpräventiv und konfliktentschärfend zu wirken?

Verschmelzung der Politikfelder

Weltumspannende Problemzusammenhänge und globale Aufgaben lassen sich immer schwerer den klassischen Politikfeldern zuordnen. Es ist zunehmend problematisch, zwischen reiner Außen-, Entwicklungs-, Wirtschafts-, Sicherheits- oder Umweltpolitik zu unterscheiden. Das politische Institutionengefüge in den Industrieländern, aber auch in Entwicklungs- und Transformationsländern macht deutlich, dass die meisten Ressorts über eine sehr weitreichende Verortung und Vernetzung in den internationalen Beziehungen verfügen und entsprechend bereits auch agieren. Um den globalen Fragen begegnen zu können, wird Kooperation und Koordination zu einem entscheidenden Faktor. Gleichzeitig steigen die Ansprüche an eine kohärente Gesamtpolitik im

nationalen wie im internationalen Kontext. Dies führt dazu, dass sich die Politikfelder neu definieren und positionieren müssen.

Für die Entwicklungspolitik stellt dies eine besondere Herausforderung dar. Sie hat den Charakter einer Querschnittsaufgabe, die wirtschafts-, umwelt-, sicherheits- und außenpolitische Dimensionen umfasst. Während im nationalen Kontext Entwicklungspolitik mit anderen Politikfeldern um Aufgaben, Handlungsfelder und rückläufige Haushaltsmittel konkurriert, muss sie sich auf der internationalen Bühne in einem Spannungsfeld von nationalen Interessen und internationalen Vorgaben bewegen und dabei das Verhältnis bi- und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit ständig neu bestimmen.

Aus diesen vielfältigen Anforderungen ergeben sich grundsätzliche Fragen, welche die Politik als Ganzes betreffen:

- Wie kann sich das Politikfeld *Entwicklungspolitik* zukünftig positionieren?
- Ist sie ein verlängerter Arm der Außenpolitik, ein Vehikel der Außenwirtschaftspolitik oder soll sie eine nachhaltige Entwicklung im Sinne eines *Querschnitts*-Politikfeldes leisten?
- Wie können die umfassenden Erfahrungen der Entwicklungszusammenarbeit in anderen Politikfeldern eingesetzt werden?
- Welche neuen strategischen Allianzen jenseits klassischer Entwicklungsakteure sind notwendig? Denkbar wäre eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Streitkräfte/Sicherheitssektor, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft. Es stellt sich die Frage, in welchem dieser Bereiche neue strategische Allianzen realisierbar sind bzw. welche Bereiche ausbaubar sind.

Zunehmende Bedeutung internationaler Organisationen

Die zentrale Bedeutung internationaler Organisationen zur Bewältigung globaler Herausforderungen ist unbestritten. Debattiert wird grundsätzlich, ob qualitative Veränderungen des internationalen Systems in Richtung *global government* oder *global governance* gehen sollen. Dies ist keine akademische Fragestellung, sondern eine politische Auseinandersetzung, bei der vornehmlich die nationale Interessen- und Machtpolitik eine entscheidende Rolle spielt. Vordergründig geht es

um das *beste System* im technokratisch-funktionalistischen Sinne. Dabei wird bereits nicht mehr in Frage gestellt, ob internationale Regelungen und Strukturbildung überhaupt Problemlösungen herbeiführen, wie immer vorausgesetzt wird. Hintergründig geht es um politische Einflussbereiche, die Durchsetzung eigener Norm- und Wertvorstellungen sowie um die ökonomischen Interessen der verschiedenen Akteure. Aktionen gegen die World Trade Organisation (WTO) oder gegen die Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) zeigen, welche Vorbehalte gegenüber internationalen Organisationen und Regelwerken bestehen. Wiederholt wurde außerdem das Ende des Nationalstaates ausgerufen. Die einzelstaatliche Reichweite ist faktisch deutlich eingeschränkt worden, und die Nationalstaaten sind dabei, sich neu zu definieren.

Dies hat zur Folge, dass sich in der Entwicklungszusammenarbeit folgender Trend abzeichnet: Multilaterales Engagement wird gestärkt, während die Zukunft nationaler, also bilateraler Entwicklungszusammenarbeit, ungewiss ist.

Das etablierte System bi- und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit ist in Bewegung und Umbruch geraten. Dabei geht es nicht nur um die Optimierung bestehender Verfahren, die Herstellung von Kohärenz oder die Intensivierung der Zusammenarbeit vieler Geber und Organisationen, sondern prinzipiell um die strukturelle Neugestaltung des Systems und damit um die Durchsetzung nationaler und institutioneller Interessen. Weltbank und IWF, die traditionell amerikanischer Prägung unterliegen, befinden sich in einem Prozess der Umorientierung und sind auf der Suche nach ihrer zukünftigen Rolle. Auch die Europäische Union (EU) ist dabei, ihre Entwicklungszusammenarbeit zu reformieren. Hier stehen Zentralisierungstendenzen der Europäischen Kommission im Widerspruch zu den am Subsidiaritätsprinzip ausgerichteten nationalstaatlichen Interessen. Offen ist dabei, welche Rolle künftig die Mitgliedsländer der EU im europäisch-nationalstaatlichen System der Entwicklungszusammenarbeit einnehmen werden.

Zu den drängenden Fragen, die nicht nur im Rahmen internationaler Konferenzdiplomatie behandelt werden, zählen insbesondere:

- Wie kann bei einer solch hochkomplexen entwicklungspolitischen Landschaft von vielfältigen Akteuren ein Mindestmaß an Kohärenz

von bi- und multilateralen Gebern und Organisationen hergestellt werden?

- Welche zukünftige Rollenverteilung und Aufgabenteilung bi- und multilateraler Akteure ist entwicklungspolitisch wünschenswert?
- Welche Aufgaben werden die *lead agencies* Weltbank und IWF übernehmen?

Neue Entwicklungsakteure

Die Komplexität der unterschiedlichen Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit ist nicht nur durch die Vielzahl bi- und multilateraler Geber und Organisationen gestiegen. Zu den traditionellen Entwicklungsakteuren, wie Entwicklungsbanken und nationale Agenturen sind neue, sehr dynamische Akteure hinzugekommen.

Zu diesen zählen vor allem privatwirtschaftliche Unternehmen, Streit- und Sicherheitskräfte sowie Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Die Privatwirtschaft spielt seit langem eine wichtige Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit, was durchaus kontrovers – auch aus ideologischer Perspektive – debattiert wurde. Bisher lag der Fokus darauf, privatwirtschaftliche Aktivitäten bspw. im Rahmen der Förderung kleiner und mittlerer Betriebe in Entwicklungsländern zu unterstützen. Durch die Globalisierung hat die Bedeutung der Privatwirtschaft nun massiv zugenommen, vor allem sind die großen *global player* in das Geschäft mit eingestiegen. Internationale Konzerne, Investmentgesellschaften, Banken, Dienstleistungsunternehmen aber auch mittelständische Unternehmen gehen in Entwicklungs- und Transformationsländer, erschließen Märkte, beteiligen sich an dortigen Unternehmen oder bauen Produktionsstätten auf. Entwicklungspolitisch ist dieses Engagement grundsätzlich sehr begrüßenswert. Es ergeben sich Chancen, zugleich aber auch Risiken für die Länder. Zu den Risiken zählen bspw. volkswirtschaftliche Turbulenzen wie z.B. die letzte Asienkrise oder die Zunahme sozialer und regionaler Disparitäten. Zu den Chancen gehören in erster Linie der Kapital- und Know-how-Transfer und die Intensivierung des Handels durch Im- und Exporte.

Die Zunahme von Krisen und Konflikten hat dazu geführt, dass

die Ausweitung militärischer Interventionen und der langfristige Einsatz von Streitkräften, wie z.B. der Blauhelme oder NATO-Truppen, ein durchaus realistisches Szenario geworden sind. Mit militärischen Mitteln allein sind Konflikte in den wenigsten Fällen noch zu lösen. Eine dauerhafte Friedensordnung lässt sich nicht mit militärischen Mitteln erzwingen. Daher wird intensiv darüber nachgedacht, die zivil-militärische Zusammenarbeit auszubauen, um die Krisen- und Konfliktländer beim Erhalt oder Wiederaufbau einer Friedensordnung zu unterstützen.

Nichtregierungsorganisationen waren schon immer wichtige Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit. Allerdings wurden sie vielfach von der offiziellen Politik nur eingeschränkt berücksichtigt, wenngleich ihre große Bedeutung im lokalen Kontext in Entwicklungsländern unumstritten ist. Inzwischen haben internationale und nationale NROs eine starke Rolle bei der Herstellung von Öffentlichkeit und Meinungsbildung eingenommen. Sie stellen nicht nur eine Gegenmacht zu etablierten Interessen dar, sondern werden zu einem wichtigen Partner in der Entwicklungspolitik. Die NRO-Landschaft ist allerdings außerordentlich heterogen, was Partnerschaften und Allianzen erschwert. Auch besteht keinesfalls Einigkeit darüber, wer den NROs zuzuordnen ist und was eine NRO ausmacht.

Aus entwicklungspolitischer Perspektive stellen sich für die Zusammenarbeit bestehender und neuer Akteure folgende übergeordnete Fragen:

- Wo liegen die Synergiepotenziale in der Zusammenarbeit der vielfältigen Akteure?
- Wie können die Kräfte entwicklungspolitisch sinnvoll gebündelt werden?
- Welche Allianzen sind notwendig, welche wünschenswert und welche machbar?

Knapper werdende Finanzmittel für Entwicklung

Für Entwicklung ist noch nie sehr viel Geld aufgebracht worden. Wiederholt wird an die Industrieländer die Forderung herangetragen, 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts (BSP) für öffentliche Entwicklungs-

hilfe (ODA = *official development assistance*) bereitzustellen, das so genannte UN-Ziel. Dieses Ziel ist nur von den wenigsten Ländern eingehalten worden. In vielen Fällen stagnierte die Quote auf einem darunter liegenden Level oder war sogar rückläufig. Betrachtet man den Entwicklungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland, so fällt auf, dass die so genannten Verpflichtungsermächtigungen, die Zusagen für zukünftige Mittelverwendung, massiv zurückgegangen sind. In Zukunft wird also weit weniger für bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehen, als es bisher der Fall war. Wenngleich die Höhe der Entwicklungshilfe noch keinen Rückschluss über die Qualität und Wirksamkeit zulässt, so steht doch fest, dass bei den gewachsenen globalen Problemen und den gestiegenen Ansprüchen der Finanzmittelbedarf enorm ist.

Gerade mit der Finanzierung sind eine Reihe von Zukunftsfragen der Entwicklungszusammenarbeit verbunden, die auch Gegenstand der UN-Konferenz »Financing for Development« 2002 sind:

- Wie kann der Rückgang öffentlicher Entwicklungshilfe gestoppt werden und umgekehrt,
- wie kann Entwicklung jenseits der öffentlichen Entwicklungshilfe finanziert werden?
- Welcher Eigenbeitrag kann von den Entwicklungsländern erwartet und wie kann dieser generiert werden?

Ungelöste Armutsproblematik

Die Entwicklungszusammenarbeit hat es bisher nicht geschafft, die weltweite Armut auch nur teilweise zu reduzieren. Sie hat dies auch nicht schaffen können, weil die Ursachen von Armut zu komplex und außerhalb der Reichweite der Entwicklungszusammenarbeit angesiedelt sind. Dennoch hat sie das Ziel der Armutsbekämpfung unbeirrt weiterverfolgt und sich als Problemlöser für Armut an diesem Ziel zu profilieren versucht. Dadurch hat sie sich in Bezug auf ihre Glaubwürdigkeit in eine Falle begeben, da sie natürlich an den von ihr gesteckten Zielen auch gemessen wird. Anstelle einer kritischen Reflexion über ihre Möglichkeiten hat die Entwicklungszusammenarbeit ihre Ziele

immer höher gesetzt und inhaltlich erweitert. Die Zahl der Armen weltweit soll bis 2015 weiterhin halbiert werden. Obwohl dies, wie die Vergangenheit gezeigt hat, nicht im Rahmen des Möglichen liegt.

Kritiker werfen in diesem Zusammenhang eine Reihe von Fragen auf:

- Was sind die realistischen Zielgrößen für die Entwicklungszusammenarbeit?
- Welche Aufgaben müssen angesichts der komplexen globalen Problemlagen mit Priorität behandelt werden?
- Welcher Anstrengungen bedarf es jenseits der Entwicklungszusammenarbeit, um eine signifikante Reduzierung der Armut zu erreichen?

Globale Strukturpolitik: Die neue deutsche Entwicklungspolitik

Die oben skizzierten Fragen können im Rahmen dieses Beitrages nicht erschöpfend beantwortet werden. Um beispielhaft zu zeigen, wie die Entwicklungspolitik auf die Umfeldveränderungen reagiert, soll im Folgenden die neue Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik skizziert werden, die eine mögliche Antwort auf viele dieser Fragen darstellt. Entwicklungspolitik wird dabei als Beitrag zu einer globalen Struktur- und Friedenspolitik verstanden, die sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientiert.

Globale Strukturpolitik ist zum *Aushängeschild* deutscher Entwicklungspolitik avanciert und postuliert einen Mehrebenenansatz, der den verschiedenen Politikebenen Rechnung tragen soll. Globale Strukturpolitik bündelt politische Vorstellungen, die nach ordnungspolitischer Einordnung zu neoliberalen Weltbildern gehören und nach einer *global governance*-Architektur entwicklungspolitischer Prägung streben.

Ziel globaler Strukturpolitik ist es, Strukturveränderungen auf internationaler Ebene zu erwirken, um damit die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Verhältnisse in Entwicklungsländern zu verbessern. Vier Zieldimensionen sollen verfolgt werden: Förderung von Demokratie und Menschenrechten, Armutsbekämpfung, Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen und wirtschaftliche

Entwicklung. Globale Strukturpolitik weist über die langjährige entwicklungspolitische Konzeption hinaus, indem sie Prioritäten in Handlungsfeldern und -ebenen benennt sowie innerhalb dieser neue Akzente setzt.

Verbesserung der internationalen Strukturen durch Gestaltung globaler Rahmenbedingungen und internationaler Regelwerke

Entwicklungspolitik soll verstärkt zur Formulierung und Ausgestaltung internationaler Rahmenbedingungen beitragen. Dabei geht es insbesondere darum, die entwicklungspolitische Perspektive in internationale Regelwerke einzubringen. Als Beispiel hierfür können die Kölner Entschuldungsinitiative, die zu einer rascheren und umfassenderen Reduzierung der Schuldenlast von Entwicklungsländern führte, und die Bemühungen im Rahmen der WTO zur Integration von Entwicklungsländern angeführt werden.

Verbesserung der Strukturen in den Entwicklungsländern

Die deutsche Entwicklungspolitik hat sich bereits in den achtziger Jahren zunehmend darauf konzentriert, eine Verbesserung der politisch-institutionellen Rahmenbedingungen in Entwicklungsländern zu bewirken. Hiermit sind die Bereiche Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte gemeint. Mit den 1991 eingeführten fünf entwicklungspolitischen Kriterien ist dies verbindlich festgeschrieben worden. Diese Politik wird fortgesetzt und intensiviert. Verstärkt zielen Maßnahmen z.B. darauf ab, den ordnungspolitischen Rahmen in Entwicklungsländern mitzugestalten oder die Anwendung von Umwelt- und Sozialstandards in Entwicklungsländern zu fördern.

Zusammenarbeit möglichst vieler entwicklungsrelevanter Akteure

Vielfach wurde in der Vergangenheit kritisiert, dass die zahlreichen Geber und Organisationen, national wie multilateral, ihre Aktivitäten zu wenig inhaltlich aufeinander abstimmen und koordinieren. Unbestritten ist, dass die Kooperation erheblich verbessert werden könnte. Die internationalen Bemühungen zielen auch darauf ab, die Politik kohärenter zu gestalten, die vielen Akteure besser zu koordinieren und Kooperationen herbeizuführen, von denen Effizienzsteigerungen erwartet werden können. Hinzu kommt, dass andere entscheidende Entwicklungsakteure, wie z.B. privatwirtschaftliche Unternehmen, ins

Bewusstsein gerückt werden. Diese gilt es, verstärkt zu gewinnen, um Know-how sowie personelle und finanzielle Ressourcen zu mobilisieren. Außerdem ist deutlich geworden, dass die Zivilgesellschaft einen immer wichtigeren Stellenwert bekommen hat, so dass bspw. NROs in weitaus größerem Umfang als dies bisher der Fall war, in Entwicklungsprozesse einbezogen werden müssen.

Die Entwicklungszusammenarbeit steht vor der Herausforderung, diese neue politische Orientierung umzusetzen und damit greifbare Resultate und nachhaltige Wirkung zu erzielen. Vieles von dem, was gegenwärtig weltweit in der Entwicklungspolitik festgesetzt wird, ist keine genuin neue Erkenntnis. Nicht nur NROs fordern seit langer Zeit, dass die internationalen Geber verstärkt an einem Strang ziehen sollen. Als wichtiger Schritt kann dennoch gewertet werden, dass das kollektive Problembewusstsein vor dem Hintergrund der globalen Probleme, aber auch des Wettbewerbs um Einflusschancen gestiegen ist. Damit haben die gemeinsamen Anstrengungen zu einer Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit zugenommen – wenngleich bei den verschiedenen Gebern aufgrund nationaler Interessenlagen und Motivationen durchaus Unterschiede in der Auffassung bestehen, was Ausrichtung und Umsetzung anbelangt.

Wenngleich das Konzept der globalen Strukturpolitik im Hinblick auf seinen Abstraktionsgrad, seiner Anspruchshaltung und der Betonung der globalen Interventionsebene kritisiert wurde, so besteht doch Konsens darüber, dass die internationalen Strukturen reformiert werden müssen, u.a. indem sie entwicklungsorientierter gestaltet werden.

Seitens der deutschen Entwicklungszusammenarbeit existieren gute Erfahrungen und vielversprechende Konzepte, um globale Struktur- und Friedenspolitik umzusetzen. Ein Teil der durchgeführten und bestehenden Programme und Projekte kann durchaus als Beitrag zur globalen Struktur- und Friedenspolitik gewertet werden, ohne dass dies früher so bezeichnet wurde. Zu denken ist etwa an den Umwelt- und Ressourcenschutz, wo stets versucht wurde, internationale Vereinbarungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene umzusetzen und Erfahrungen aus der lokalen Ebene in die internationale Diskussion einzubringen. Ebenso gibt es eine Vielzahl an laufenden Vorhaben, um regionale Integration und Zusammenarbeit länderübergreifend zu unterstützen.

Zukünftige Handlungsfelder für globale Struktur- und Friedenspolitik liegen vor allem in folgenden Bereichen:

- Mitgestaltung von Globalisierungsprozessen: z.B. Beratung von Entwicklungsländern im WTO-Prozess oder von Transformationsländern beim EU-Beitritt.
- Globale Umweltpolitik: z.B. die Umsetzung der Agenda 21 und die Fortschreibung der Umwelt-Konventionen.
- Regionale Integration: die Unterstützung regionaler Organisationen und Zusammenarbeit mit diesen.
- Krisenprävention und Konfliktbearbeitung: anhand von Demobilisierung, Wiederaufbauhilfe, Förderung von Friedenslobbies u.v.m.
- Verbesserung der internen Rahmenbedingungen für Entwicklung: und zwar durch Rechtsstaatentwicklung, Demokratieförderung und Dezentralisierung.
- Soziale Entwicklung: durch Armutsbekämpfung, Sozialstandards und Verbesserung sozialer Sicherungssysteme, aber auch
- Förderung privatwirtschaftlicher Aktivitäten: wie z.B. der Unterstützung kleiner und mittelständischer Betriebe, Finanzsystementwicklung, Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft, *Public Private Partnerships* – kurz PPP genannt.

Der letzte Punkt, Förderung der Privatwirtschaft, soll im Folgenden am Beispiel PPP detaillierter dargestellt werden, um zu illustrieren, wie die Entwicklungszusammenarbeit auf die eingangs skizzierten veränderten Rahmenbedingungen reagiert und dabei gleichzeitig versucht, privatwirtschaftliche Akteure in Entwicklungsprozesse einzubeziehen.

Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft

Die gestiegene Bedeutung der Privatwirtschaft in einer sich globalisierenden Welt ist bereits mehrfach erwähnt worden. Privatwirtschaftliche Akteure verfügen über eine enorme Prägestkraft. Der mögliche entwicklungspolitische Beitrag der Privatwirtschaft liegt dabei nicht nur im Kapital-Transfer, sondern v.a. im langfristigen unternehmerischen Engagement in Entwicklungsländern, das Arbeitsplätze schaffen kann,

Kenntnisse und Erfahrungen vermittelt und für wirtschaftliches Wachstum sorgt.

Die entwicklungspolitische Vision, die hinter der angestrebten Zusammenarbeit mit der Wirtschaft steht, zielt darauf ab, nachhaltige Entwicklung gemeinsam zu gestalten. Dabei geht es vor allem um die Kooperation von Privatunternehmen mit verschiedenen Organisationen der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Das Spektrum der Kooperationsmöglichkeiten ist breit und reicht von der indirekten Unterstützung privatwirtschaftlichen Engagements in Entwicklungsländern über Verbesserungen der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen bis hin zu der direkten Zusammenarbeit in dem eigens geschaffenen PPP-Programm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in dem bereits eine Vielzahl von Projekten angelaufen ist.

Im Rahmen dieses Programms werden finanzielle Mittel für Projekte mit Unternehmen bereitgestellt.

Ziel der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist es, Chancen zu nutzen, die sich aus der Verbindung privatwirtschaftlichen Engagements und dem spezifischen Know-how von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit ergeben. Chancen für mittlere Unternehmen liegen besonders darin, unter besseren Voraussetzungen Investitionen in Entwicklungsländern tätigen zu können. Für größere Unternehmen steht oftmals der Imagegewinn und die Positionierung als *global citizen* im Vordergrund. Chancen für die Entwicklungszusammenarbeit bestehen vor allem darin, die private Wirtschaft als Investor und Know-how-Lieferant zu gewinnen und so als treibende Kraft für eine nachhaltige Entwicklung zu binden.

Gute Erfahrungen aus der Zusammenarbeit gibt es inzwischen zahlreiche, wenngleich viele der Beispiele noch Modellcharakter haben. So werden z.B. landwirtschaftliche Betriebe in Kooperation mit den Abnehmern unterstützt, um die Qualität der Produkte zu erhöhen. Die Bauern erzielen dadurch höhere Einkünfte und die Abnehmer stellen sicher, dass sie hochwertige Produkte bekommen. Ein anderes Beispiel hat sich in der beruflichen Bildung ergeben, wo mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit Berufsschulzentren gefördert werden konnten.

Private Unternehmen stellten dabei die technische Ausrüstung zur

Verfügung, damit möglichst produktionsnah für die umliegenden Betriebe ausgebildet werden konnte. Im sozialen Bereich zeichnet sich ab, dass insbesondere Großunternehmen das entwicklungspolitische Know-how benötigen, um bspw. Gesundheitsvorsorge zu betreiben. In vielen Ländern Afrikas stehen die Unternehmen vor dem Problem, dass große Teile der Belegschaft und deren Angehörige von AIDS/HIV betroffen sind. Aufklärungskampagnen werden hier gemeinsam mit Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt.

Es gibt eine ganze Reihe an interessanten Feldern für die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft im Rahmen des PPP-Programms, insbesondere in folgenden Bereichen:

- Berufliche Qualifikation (Ausbildung von Facharbeitern, aber auch von Führungskräften),
- Qualifikation lokaler Produzenten (verbesserte Anbau- und Produktionsmethoden, Qualitätsstandards, Zertifizierung),
- Umwelt- und Sozialstandards in Betrieben (Teppiche, Schuhproduktion),
- Gesundheitsberatung (AIDS/HIV, betriebliche Krankenkassen),
- Aufbau und Stärkung von Dienstleistern (Beratungszentren, Servicestationen),
- Technologie- und Know-how-Transfer (Umwelttechnologie, Messebereich).

Eine Zwischenbilanz der bisherigen Zusammenarbeit im Bereich PPP zeigt positive wie negative Erfahrungen, die dazu dienen, das junge Konzept weiterzuentwickeln. Zu den positiven Erfahrungen zählen in erster Linie:

- Die entwicklungspolitischen Effekte stellen sich teilweise ein: Mit den laufenden Projekten werden Einkommensquellen für Familien geschaffen, Arbeitnehmer werden versichert, Mitbestimmungsrechte werden hergestellt, Kinderarbeit wird entgegengewirkt, umweltschonende Produktionsmethoden werden eingeführt, ökologischer Landbau gefördert. Abzuwarten ist freilich, inwieweit die Zusammenarbeit langfristig ihre Wirkung entfalten kann.
- Es zeigt sich, dass entwicklungspolitische Ziele und betriebswirtschaftliche Interessen der Unternehmer nicht im Widerspruch

stehen. Heute geht es nicht mehr um das *ob* der Zusammenarbeit, sondern um das *wie*. Viele der bisherigen Kooperationen haben Pilotcharakter. Alle Seiten befinden sich in einem Lern- und Um-denkprozess, dessen Herausforderung darin besteht, die gemeinsame Schnittmenge zu identifizieren.

- Zu beobachten ist, dass die Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und Entwicklungsorganisationen über den PPP-Projektrahmen hinausgeht. Es kommt zu einem sehr grundsätzlichen Dialog darüber, was beide Seiten bewegt und wo Synergien liegen. Unternehmen wie Unternehmerverbände erkennen zunehmend an, dass nachhaltige Entwicklung keine karitative Solidaritätsveranstaltung ist, sondern eine notwendige Bedingung für langfristiges unternehmerisches Engagement. Aus unternehmerischer Sicht ist es lohnenswert, sich in das Netzwerk der Entwicklungszusammenarbeit, vor allem in den Entwicklungsländern, einzuklinken und von der Kompetenz und den Führungsvorteilen zu profitieren.

Einige Erwartungen sind bisher noch nicht in dem erwarteten Maße erfüllt worden. Als kritisch hat sich eine Reihe von Punkten erwiesen:

- Die Resonanz der Privatwirtschaft auf die Angebote könnte besser ausfallen. Das liegt vor allem daran, dass Entwicklungszusammenarbeit sehr mit dem Image einer Wohltätigkeitsveranstaltung behaftet ist. Viele Privatunternehmen warten weitere Resultate, Erfahrungen und *good practices* ab. Sicher spielt auch eine Rolle, dass viele Unternehmen vorwiegend nur an Aufträgen oder Subventionsbeiträgen interessiert sind. Daher wird gegenwärtig versucht, einen intensiven Dialog zu führen, um Barrieren in den Köpfen beider Seiten abzubauen.
- Die Akzeptanz, mit der Privatwirtschaft verstärkt zusammenzuarbeiten, wird in der EZ-community nicht von allen geteilt. Besonders in der Wissenschaft und auf Seiten der NROs bestehen z.T. erhebliche Vorbehalte, denen bisher nicht genügend Rechnung getragen wurde. Die Bedenken zielen vor allem darauf ab, dass das entwicklungspolitische Moment der Privatwirtschaft überschätzt wird.
- Viele der Projekte mit der Privatwirtschaft finden am Rande der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit statt und bilden

Projektinseln. Wichtig ist, eine stärkere Einbindung in die Entwicklungsstrategien der Länder sicherzustellen.

- Trotz intensiver Beachtung entwicklungspolitischer Kriterien und einer Vielzahl gelungener Projekte ist der Vorwurf, das PPP-Programm sei lediglich eine andere Art der Außenwirtschaftsförderung und stelle eine Subventionspolitik mit anderen Mitteln dar, nicht verstummt.
- Es hat sich gezeigt, dass die oftmals sehr formalisierten Verfahren der Entwicklungszusammenarbeit die Kooperation mit der Privatwirtschaft behindern. Flexibleres Denken und kürzere Verfahrenswege sind daher notwendig geworden, von denen die Entwicklungszusammenarbeit als Ganzes profitieren könnte.

Schlussbemerkungen: Diskussionsanstöße für eine entwicklungspolitische Debatte

Spätestens mit der neuen entwicklungspolitischen Orientierung in Richtung einer globalen Struktur- und Friedenspolitik zeichnet sich ein grundlegender Wandel der Entwicklungszusammenarbeit ab. Die *klassische* Entwicklungszusammenarbeit verändert ihren Charakter und ist dabei, sich als *internationale Zusammenarbeit* zu verstehen. Wenngleich einige der nachstehenden Merkmale sicher noch mehr Anspruch als Realität sind, so ist dennoch ein qualitativer Sprung zu verzeichnen:

- Es wird auf eine Fokussierung globaler Problemzusammenhänge statt isolierter Problemlösungen im kleinen Rahmen geachtet.
- Strukturelle Breitenwirksamkeit auf verschiedenen Ebenen statt Resultaterzielung auf Einzelprojektebene wird angestrebt.
- Eine Vernetzung sämtlicher entwicklungsrelevanter Akteure anstelle von individuellen Alleingängen wird in den Fokus gerückt.
- Es wird sich verstärkt um die Kohärenz nationaler und internationaler Politik anstelle von unverbundenem Nebeneinander von Politikansätzen und -konzepten bemüht.
- Neue Aufgaben und Rollen der Entwicklungszusammenarbeit, wie Moderation, Mediation und Prozessbegleitung, in Ergänzung zum traditionellen Know-how-Transfer, werden verstärkt eingesetzt.

Dieser Wandel der Entwicklungszusammenarbeit hin zur *internationalen Zusammenarbeit* wird von einer breiten Diskussion begleitet, aus der sich folgende Linien erkennen lassen:

- Die Entwicklungspolitik hat sich mit ihrem Anspruch die Messlatte sehr hoch gelegt. Das Ziel, bis 2012 die Armut zu halbieren, weckt sehr große Erwartungen in der Öffentlichkeit und in den Entwicklungsländern. In der Vergangenheit ist die Entwicklungszusammenarbeit wiederholt in eine Glaubwürdigkeitsfalle geraten, weil sie ihre sich selbst gesteckten Ziele nicht erfüllen konnte. Das Thema Entwicklung wurde in Teilen der Öffentlichkeit dadurch mit einem Negativimage behaftet und als Tropfen auf den heißen Stein abgetan. Angesichts der weltweiten Problemlage liegt es in der Natur der Sache, dass sich die Entwicklungszusammenarbeit auf einem schmalen Grad zwischen internationaler Sozialhilfe und internationaler Strukturpolitik bewegt.
- Entwicklungspolitik ist immer an einen gesellschaftlichen Grundkonsens gebunden. Es gilt daher, verstärkt zu diskutieren, welche Normen und Werte der Entwicklungspolitik zu Grunde liegen sollen und welche sie über die Entwicklungszusammenarbeit transportiert. Die generellen Leitlinien sind thematisch in zahlreichen internationalen Konventionen dargelegt, sie werden aber höchst unterschiedlich interpretiert und umgesetzt. Damit verbunden ist die Frage, welche spezifisch deutschen Beiträge im internationalen Kontext geleistet werden sollen. Vielfach wurde vorgeschlagen, das Modell der sozialen Marktwirtschaft, das Rechts- und Verwaltungssystem und das duale Ausbildungssystem international verstärkt umzusetzen und deutschen Standards im Umwelt- und Sozialbereich mehr Geltung zu verschaffen.
- Entwicklungspolitik ist keine exklusive Veranstaltung für Entwicklungsländer. Die Industrienationen tragen eine große Verantwortung bei der Verursachung und daher auch der Lösung globaler Probleme. Der Umwelt- und Klimaschutz ist ein prominentes Beispiel. Es bedarf daher zunächst auch einmal besonderer Anstrengungen in den Industrieländern selbst. Dabei können Erfahrungen und Konzepte der Entwicklungszusammenarbeit durchaus auch im Norden nutzbar gemacht werden, sowohl was Inhalte, aber auch was Methoden betrifft. Hier besteht die Chance, dass Entwicklungs-

zusammenarbeit, im Sinne der *internationalen Zusammenarbeit*, keine Nord-Süd-Einbahnstraße mehr darstellt, sondern eine Zweibahnstraße: dass Nord und Süd voneinander lernen und wechselseitig gleichermaßen voneinander profitieren.

- Das internationale System der Entwicklungszusammenarbeit wird gegenwärtig reformiert. Die nationalen Systeme befinden sich in der Reformdiskussion und im Umbruch. Neue politische Orientierungen werden formuliert, Institutionen werden angepasst. Ziel aller Anstrengungen ist es, das bestehende System zu optimieren. Aufgrund jahrzehntelanger Erfahrungen mit Reformen der Entwicklungszusammenarbeit wird vielfach angezweifelt, dass substantielle Verbesserungen erzielt werden können. Skeptiker merken an, dass die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung erheblich zurückgegangen ist und die Bedeutung der Privatwirtschaft dominant ist. Viele sehen aber gerade darin die große Chance für die Entwicklungszusammenarbeit, aus ihrer karitativen Nische hervorzutreten und dabei andere Akteure entwicklungspolitisch anzustoßen.
- In der Diskussion um die konzeptionelle Neuorientierung der Entwicklungszusammenarbeit zeichnet sich insgesamt der Trend ab, dass die Zusammenarbeit auf einer höher aggregierten Ebene stattfinden und wirken soll. Diese strukturelle Ausrichtung ist tendenziell begrüßenswert, birgt aber mindestens zwei Risiken in sich. Zum einen läuft globale Strukturpolitik Gefahr, zu einem *top-down*-Prozess zu werden, der nicht nur die Bedürfnisse der Betroffenen, also vor allem der Menschen in Entwicklungsländern, nicht mehr adäquat berücksichtigt, sondern auch versäumt, die politische Beteiligung sicherzustellen. Zum anderen kann bei ausschließlicher Regelsetzung und Gestaltung von Rahmenbedingungen die eigentliche Umsetzungsebene aus dem Blickfeld geraten. Internationale Konventionen und Standards nutzen wenig, wenn sie auf lokaler Ebene keine Anwendung finden. Genau im Rahmen der Umsetzung aber tun sich Möglichkeiten für die Entwicklungszusammenarbeit auf, ihre traditionellen Stärken einzubringen. Hierzu gehört es, z.B. in Programmen und Projekten innovativ die Normensetzung im Nord-Süd-Dialog auszugestalten.
- Dies rückt auch die neue, vielfältige Rolle von Entwicklungszusammenarbeit in den Vordergrund. Nachdem sie jahrzehntelang als

Problemlöser agieren sollte und sich als solcher verstand, geht es heute zunehmend um prozessuale Fragen. Etwas plakativ formuliert: Nicht mehr der Brunnenbau in Afrika steht im Vordergrund, sondern die Entwicklung nachhaltiger Systeme der Ver- und Entsorgung von Wasser und Abwasser in Afrika. Es stehen keine rein technologischen Lösungen für Entwicklungsländer mehr im Vordergrund, sondern der partnerschaftliche Dialog in der Entwicklung von angepassten Lösungen in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Dabei muss die Entwicklungszusammenarbeit zwar weiterhin als Know-how-Lieferant fungieren, sie verstärkt aber ebenso als Moderator und Mediator gesellschaftliche Interessen und als *facilitator*² Reformprozesse. Die fachliche Expertise in Entwicklungsfragen ist dabei ebenso von Bedeutung, wie methodisches Know-how. Im Zeichen der Globalisierung von Informationen und Wissen kommt dabei auch das Wissensmanagement als neues Element hinzu.

- Allen neuen Trends und Entwicklungen zum Trotz, stellt sich das Problem der Armutsbekämpfung dringlicher denn je. Vielfach ist darauf hingewiesen worden, dass der Armutsbezug sich in der Entwicklungszusammenarbeit nur noch durch aufwendige Erklärungsleistungen herstellen lässt. Das Problem ist international aufgegriffen worden. Dabei wird das Ziel der Armutsbekämpfung kontrovers diskutiert. Es kann immer nur um Prioritäten und Zielsetzungen angesichts der Vielzahl globaler Herausforderungen gehen. Es zeichnet sich jedoch ein Trend ab, den Armutsbezug unmittelbarer herstellen zu wollen und die Entwicklungszusammenarbeit entsprechend auszurichten. Diese hat zuletzt mit ihrem Weltbank-Entwicklungsbericht 2001 »Attacking Poverty« neue Akzente gesetzt. Nationale Aktionsprogramme in Entwicklungsländern zur Armutsreduzierung (*Poverty Reduction Strategies Papers*) stellen die Armutsbe-
- 2 Ein *facilitator* dient als Hilfesteller beim Prozess des *facilitation*. Diese Technik beinhaltet eine Hilfestellung im Design und in der Durchführung eines Verhandlungsprozesses durch eine dritte Person, die sich zum Verhandlungsgegenstand unparteiisch verhält. Dieser *facilitator* arbeitet mit allen Beteiligten im Plenum und gibt Verfahrenshinweise, wie die Gruppe effizient weiterarbeiten und gemeinsam ein Ergebnis erzielen kann (GTZ: 1996).

kämpfung in den Mittelpunkt der Entwicklungsbemühungen. Die Bundesregierung hat jüngst mit dem »Aktionsprogramm 2015« Armutsbekämpfung zur übergreifenden Aufgabe deutscher Entwicklungszusammenarbeit erklärt.

Ausgewählte Quellen im World Wide Web

Entwicklungspolitische Informationsdienste und Plattformen

www.epo.de	Entwicklungspolitik online
www.euforic.org	Europe's Forum on International Cooperation
www.gdnet.org	Global Development Network
www.globalknowledge.org	Global Knowledge Partnership
www.ips-germany.org	Nachrichtenagentur Entwicklungspolitik
www.neuemedien.de/epi	Entwicklungspolitische Informationen
www.oneworld.org	Oneworld Net
www.worldbank.org/poverty	Poverty Net

Ausgewählte Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit

www.bmz.de	Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
www.dfid.gov.uk	Department for International Development (DFID)
www.gtz.de	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)
www.oecd.org/dac	Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD), Development Assistance Committee (DAC)
www.venro.de	Verband Entwicklungspolitik deutscher Nicht-regierungsorganisationen
www.worldbank.org	The World Bank Group
www.undp.org	United Nations Development Programme

Literatur

- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz et al. (2000): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Nord-Süd-Politik von Bündnis 90/Die Grünen (Hg.) (2000): Das Einstiegspapier in eine Reform der entwicklungspolitischen Institutionen, Berlin.
- Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (Hg.) (1998): Globalisierung. Chancen und Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit, Eschborn: GTZ.
- Gómez, Ricardo (2001): »Globale Strukturpolitik und Technische Zusammenarbeit«, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 42/2, Bonn, S. 51-54.
- GTZ (1996): Konfliktmanagement im Umweltbereich, Eschborn: GTZ.
- Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hg.) (2000): Globale Trends 2000. Fakten, Analysen, Trends, Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Heidbrink, Kathrin/Paulus, Stephan (2000): Nachhaltigkeitsstrategien im Dickicht nationaler Planungsprozesse. Von der Konvergenz des Denkens zur Kohärenz des Handelns in der Entwicklungszusammenarbeit, Bonn/Eschborn: GTZ.
- Hillebrand, Ernst/Meinhold, Günther (1999): »Von der Entwicklungspolitik zur globalen Strukturpolitik. Zur Notwendigkeit der Reform eines Politikfeldes«, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4, Bonn, S. 339-351.
- Holtz, Uwe/Deutscher, Eckard (Hg.) (1995): Die Zukunft der Entwicklungspolitik. Konzeptionen aus der entwicklungspolitischen Praxis, Bonn: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung.
- Kaul Inge/Grunberg, Isabelle/Stern, Marc A. (Hg.) (1999): Global Public Goods. International Cooperation in the 21st Century, Oxford, New York: Oxford University Press.
- Klemp, Ludgera (2000): Entwicklungspolitik im Wandel. Von der Entwicklungshilfe zur globalen Strukturpolitik, Bonn: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung.
- Kochendörfer-Lucius, Gudrun/Pleskovic, Boris (Hg.) (1999): Development Issues in the 21st Century (Villa Borsig Workshop Series 1998), Berlin: German Foundation for International Development.

- Lancaster, Carol (2000): »Redesigning Foreign Aid«, in: Foreign Affairs, September/October, Washington D.C., S. 74-88.
- Messner, Dirk (Hg.) (1998): New Perspectives of International and German Development Policy (INEF Report 33), Duisburg.
- Messner, Dirk (2001): »Globalisierungsanforderungen an Institutionen deutscher Außen- und Entwicklungspolitik«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18-19, Bonn/Trier, S. 21-29.
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (1998): Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts (SEF Policy Paper 2), Bonn.
- Nuscheler, Franz (Hg.) (2000): Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert. Zur Wirkungsgeschichte des Brandt-Berichts, Bonn: J.H.W. Dietz Verlag.
- Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) (1996): Shaping the 21st Century. The Contribution of Development Cooperation, Paris.
- Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) (2000): Development Cooperation. Report 1999, Paris.
- Tetzlaff, Rainer (Hg.) (2000): Weltkulturen unter Globalisierungsdruck. Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten (Eine Welt 9), Bonn: J.H.W. Dietz Verlag.
- Thiel, Reinhold E. (Hg.) (1999): Neue Ansätze der Entwicklungstheorie, Bonn: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE).
- Thomas, Vinod/Dareshwar, Ashok/Lopez, Ramon E. et al. (2000): The Quality of Growth, Oxford, New York: Oxford University Press.
- United Nations Development Programme (1999): Human Development Report 1999. Globalization with a Human Face, Oxford, New York: Oxford University Press.
- Wahl, Peter (1998): »Königsweg oder Sackgasse? Entwicklungspolitik als internationale Struktur- und Ordnungspolitik«, in: Peripherie 72, Frankfurt/Main, S. 82-93.
- Wieczorek-Zeul, Heidemarie (1999): »Nachhaltige Entwicklung durch globale Strukturpolitik«, in: Vereinte Nationen 47/3, Baden-Baden, S. 100-103.
- World Bank (1998): Assessing Aid. What works, what doesn't, and why (A World Bank Policy Research Report), Oxford, New York: Oxford University Press.

World Bank (1999): World Development Report 1999/2000. Entering the 21st Century, Oxford, New York: Oxford University Press.

World Bank (2000): World Development Report 2000/2001. Attacking Poverty, Oxford, New York: Oxford University Press.